

○ Amerikanische Hilfe für die deutsche Studentenschaft. Der frühere deutsche Reichsminister Dr. Michaelis hielt vor den vereinigten deutschen Gesellschaften in Newyork eine Rede, in der er auf die Notlage der deutschen Studentenschaft hinwies und zu einer Hilfsaktion aufrief. Der deutsche Hilfsbund hat daraufhin eine Sammlung zum Nutzen der deutschen Studentenschaft veranstaltet, die ein ansehnliches Ergebnis brachte.

○ Schwere Automobilunfall in Marokko. Auf der Straße von Rabat nach Casablanca stieß ein großer Automobilomnibus auf der Straße über den Heil Meilab beim Bremsen gegen die Brüstung, so daß die Insassen in den Fuß geschleudert wurden. Dabei wurden sieben Personen verletzt und elf verletzt.

○ Aushebung einer Falschmünzwerkstatt. Durch einen Zufall entdeckte die Polizei in Frankfurt a. M. in einem Keller eine mit allen technischen Neuerungen ausgestattete Falschmünzwerkstatt, in der vor allem Zehntausendmarktscheine hergestellt werden sollten. Die Entdeckung gelang dadurch, daß in einer Bodenheime Farbenfabrik ein Herr eine bestimmte Farbenorte verlangte und dabei den Namen eines Mannes angab, der zufällig einem im Geschäft antretenden andern Herrn bekannt war. Dieser erklärte dem Fremden, daß es völlig ausgeschlossen sei, daß der Genannte Verwendung für die Farbe haben könnte. Man benachrichtigte die Polizei, die den Fremden verhaftete. Auf dem Polizeirevier legte dieser ein volles Geständnis ab. Es war der Malermeister Waumbach, der sich eine Werkstätte zur Herstellung falscher Zehntausendmarktscheine eingerichtet hatte. Mehrere hundert Bogen sogenannter Grundbrude waren schon fertiggestellt.

○ Raubüberfall im Schneekzug Sienitz-Breslau. Auf der Strecke Sienitz-Breslau wurde ein in einem Abteil zweiter Klasse allein reisender Deutschamerikaner, der sich auf der Fahrt nach Oberschlesien befand, von zwei Männern überfallen. Als er um Hilfe rief, erhielt er einen Hieb auf den Kopf, der ihn bewußtlos machte; er wurde dann aus dem fahrenden Zuge geworfen. Von einem Bahnwärter aufgefunden, wurde er mit einem Güterzuge nach einem Krankenhaus transportiert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

○ Todesurteil gegen zwei Attentäter. Die beiden Irländer Dunn und Sullivan wurden wegen Erschießung des britischen Feldmarschalls Wilson zum Tode verurteilt.

○ Warenhausbrand. Bei einem Brande in einem großen Newyorker Warenhaus, bei dem zahlreiche Explosionen erfolgten, wurden zwei Personen getötet und 30 verletzt. Nach den vorliegenden Berichten ist dieses der größte Brand seit dem Brande des Wirtz-Cable-Gebäudes. Sämtliche Newyorker Feuerwehren waren an der Brandstelle versammelt.

Neueste Meldungen.

Tagung des demokratischen Parteivorstandes.

DA Berlin. Der demokratische Parteivorstand hielt im Reichstag eine Sitzung ab, in der er sich mit der Frage der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beschäftigte. Der Plan sieht bei einzelnen Mitgliedern des demokratischen Parteivorstandes auf Widerstand, schließlich einige man sich jedoch dahin, die von der Reichstagsfraktion begonnenen Verhandlungen über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft fortzusetzen.

Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft.

Berlin. Zwischen den Führern der Volkspartei, des Zentrum und der Demokraten fand eine Besprechung im Reichstagsgebäude statt, in welcher erneut die Vereinbarung der drei Parteien über die Bildung einer bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft besprochen wurde. Die Volkspartei trat abermals für die Einbeziehung der bayerischen Volkspartei ein, und es bestand Einigkeit darüber, daß dieser Partei der Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft offenhalten soll. Die bayerische Volkspartei wird auf einem demnächst abzuhaltenden Parteitag darüber ihre Entscheidung treffen. Die Arbeitsgemeinschaft wird erst dann zur praktischen Ausarbeitung gelangen, wenn der Reichstag wieder versammelt ist. Die drei Parteien bereiten eine offizielle gemeinsame Erklärung über diese Frage vor.

Ein englischer Vorschlag.

London, 19. Juli. Neuer meldet aus Newyork: Hier ist ein Bericht eingetroffen und von verschiedenen Blättern veröffentlicht worden, wonach Großbritannien die Herabsetzung der Reparationen vorschlägt und gleichzeitig angeboten habe, auf die ihm geschuldeten Summen zu verzichten.

Bisher ist dieser Bericht nicht bestätigt worden. Er hat aber die Aufmerksamkeit und Zustimmung einiger der führenden Blätter hervorgerufen. „Globe“ schreibt dazu: Mit einer bewundernswürdigen Tat hat Großbritannien das Gewebe von Haß und Selbsthät zerissen, das Deutschland niederhält. Der Vorschlag ist eigentlich nur ein Ergebnis des gesunden Menschenverstandes; aber in dieser Atmosphäre des aufgepeitschten Nationalismus und blinder Rachepolitik, wie sie heute in Europa herrscht, wirkt dieser gesunde Menschenverstand wie eine höchste Eingebung.

In einem Leitartikel der „World“ heißt es: Wenn die Franzosen das britische Angebot annehmen, das die Reparationssummen herabsetzt, wie es die Sachverständigen Großbritanniens, Amerikas und der neutralen Länder für möglich halten, so gebührt England großes Lob. Hierdurch würde bewiesen, daß seine Regierung auf wirtschaftlichem Gebiete die intelligenteste ist.

Die „Tribune“ sagt: Das Werk mag Frankreich einseitig erscheinen, indessen bedeutet es einen Schritt nach aufwärts auf dem Wege zum Ausgleich der französischen und der britischen Interessen. Es erscheint geratet, daß Großbritannien Frankreich für die Revision des verfallenen Vertrages entschädigt, wenn dies nicht nur Deutschland, sondern auch Großbritannien zum Nutzen gereicht.

Die Vereinbarungen mit dem Garantieauschuß.

Paris. Pariser Blätter behaupten, daß zwischen der deutschen Reichsregierung und dem Garantieauschuß ein volles Einverständnis hergestellt worden sei. Es sei vereinbart worden, daß das Garantieauschuß die gesamten Einnahmen Deutschlands kontrollieren werde, ebenso die Ausgaben, bevor diese vom Reichstage beschlossen worden sind. Die deutsche Regierung solle ferner verpflichtet sein, das Garantieauschuß über den jeweiligen Stand der schwebenden Schuld Deutschlands auf dem laufenden zu erhalten. — Eine Bestätigung dieser Meldung von deutscher Seite fehlt noch aus.

Ein „Ausschußrat“ für Deutschland.

Paris. Die Wächter der Voincaré verfolgen, geht dahin, daß aber das deutsche Moratorium erst zu sprechen sei, wenn eine absolut zuverlässige Kontrolle über die deutsche Finanzwirtschaft eingerichtet sei. Nach dem „Reit Parisien“ soll Deutschland eine Art Ausschussrat erhalten, wenn nicht der Bericht des Garantieauschußes noch tabuläre Maßnahmen notwendig mache.

Wer zahlt häufig die Besatzungskosten?

Paris. Der bekannte Politiker Heros tritt in dem Blatt „Miroir“ sehr scharf für eine Unterhaltung Voincarés mit Lloyd George zu einer Verhandlungspolitik für Deutschland ein. Er wünscht dringend das Moratorium ohne keinliches Schwanken zu beschließen. Wenn die Rheinbesetzung nicht ganz aufhören solle, müssen die Alliierten wenigstens die Kosten

tragen. Frankreich müsse unter allen Umständen den nachschlagen der Engländer und Amerikaner folgen, die für den Ausschub der Zahlungen und eine Minderung der Verpflichtungen Deutschlands seien.

Marshall Koch arbeitet an seinen Memoiren.

DA Paris. Marshall Koch ist gegenwärtig mit den Vorbereitungen und der Ordnung der Notizen für die Aufzeichnung seiner Lebenserinnerungen beschäftigt. Ob die Memoiren des Marschalls noch zu seinen Lebzeiten erscheinen werden, ist unsicher, da Koch selber sich über seine diesbezüglichen Pläne noch nicht schlüssig geworden zu sein scheint.

Uns Stadt und Land.

Wilsdruff, am 20. Juli.

Mitteilungen aus der Ratssitzung

vom 18. Juli 1922.

Kenntnis wird genommen 1. von der Spende von 1000 M durch Kaufmann Frh. Seidel für gute Zwecke, 2. vom Stande der Prüfung der Rentabilität des städtischen Elektrizitätswerkes (den endgültigen Gutachten soll entgegengelesen werden), 3. von der Genehmigung des 3. Nachtrages zum Freibantregulativ durch die Oberbehörde, 4. vom Dankschreiben des Musikdirektor Kömlich für Erhöhung seiner Jahresbeihilfe, 5. vom Antrage auf Vorarbeiten des Amtszimmers der Bezirksplegerin (der Genehmigung stimmt man zu), 6. zustimmend von dem Vertrag über die Kadaverbeseitigung zwischen der Stadt Wilsdruff, Amtshauptmannschaft Reichen u. a. einerseits und der Fleischmehlfabrik andererseits, 7. Die Aufstellung einer Begehung am Markt durch den Verein für Natur- und Heimatkunde wird nach den vorliegenden Zeichnungen endgültig genehmigt. Auf Anregung des Stadtrat Wehner beschließt man, die Fundamentgrube durch städtische Arbeiter ausheben zu lassen. Die dadurch entstehenden Kosten werden bewilligt. 8. Der Rat nimmt Kenntnis von dem Beschluß der Stadtverordneten vom 6. d. M. zum Antrag des Herrn Karl Kunze, betr. Beschaffung von Feuerungsmaterial für die Rinderbrennstellen. Es wird beschloffen, von den Staatsforstverwaltungen Grillenburg und Spechtshausen je 25 Raummeter Rollenholz nach dem von dort eingegangenen Angebot zu beziehen. Außerdem soll noch versucht werden, von Spechtshausen weitere 20 Raummeter Stochholz zum Preise von 200 M zu bekommen. Der dafür nötige Betrag von etwa 50 000 M wird bereitgestellt, aber nicht aus dem im Stadtratbeschlusse genannten Kapitel, sondern aus dem Fonds, der für die Nachbewilligungen bereit gestellt ist. Im übrigen tritt man dem Stadtratbeschlusse vom 6. d. M. bei, nur insoweit nicht, als Stadtr. Lohner die Verweigerung an den Wohlfahrtsausschuß beantragt hat, da die Sache selbst bereits eingeleitet ist. Sollte sich doch noch Gelegenheit bieten, Trockenholz aufzukaufen, so soll das vorgenommen werden. 9. Im Zusammenhang mit vorstehendem Beschluß sollen noch weitere 10 000 M aus dem gleichen Kapitel zur Anschaffung von Wästelstoffen für die Rinderbrennstellen bereit gestellt werden (einstimmig). 10. Bezüglich der Hodersteuer beschließt man, unter Aufhebung des Beschlusses vom 28. 6. d. J., von Einführung einer Hodersteuer vorläufig abzusagen. 11. Die Vornahme von Reparaturen an den Feuerlöschgeräten wird nach dem Vorschlage des Stadtrat Wehner genehmigt. 12. Die Eingabe des Rechtsanwaltes Hofmann in Sachen des ehemaligen Stadtrats Schlichenmaier kommt zum Vortrag. Man nimmt davon Kenntnis, beschließt jedoch 1., daß der Stadtrat seinen Standpunkt, den er in der Angelegenheit von vornherein eingenommen und mit Einleitung des Disziplinarverfahrens dargelegt hat, auch heute noch einnimmt, insbesondere daß der Beschluß der Staatsanwaltschaft vom 19. November 1921 ihn darin nicht beeinflussen kann, 2., daß das Disziplinarverfahren, das nach seinem bisherigen Ergebnis kaum mit einem günstigen Resultat für Schlichenmaier genehmigt werden würde, nur deshalb eingestellt worden ist, weil Schlichenmaier vor Abschluß desselben sein Stadtratsamt freiwillig niedergelegt hat (einstimmig). 13. Der Rat ist damit einverstanden, daß das von der Kreishauptmannschaft verlangte Ortsgesetz über Kleinhäuserbauten aufgestellt wird. 14. Der dem Baumeister Vertholdt angebotene und von diesem aber abgelehnte Baupolizeiaufschubbetrag von 150 000 M soll nunmehr der Baupolizeiaufschub überwiesen werden (einstimmig). 15. In der Baufrage Kleener (Anstehung des Hauses Ortslistennummer 187) tritt man dem Beschluß des Baupolizeiausschusses vom 7. d. M. einstimmig bei. 16. Kenntnis nimmt man von der Eingabe des Baumeisters Vertholdt vom 10. d. M. die Verlängerung der Baugenehmigung vom 17. März 1921, die 1922 verfällt, auf weitere 2 Jahre wird beschloffen. 17. In den Baufragen a) Barhold & Co., Dedzschow betr., b) Karl Hummich, Schuppenbau betr., stimmt man den Vorschlägen des Baupolizeiausschusses vom 7. d. M. einstimmig zu. 18. In der Baufrage Otto Westphal, Unterstellung seines Hausgrundstückes und Anlegung von Luft- und Lichtschächten auf dem Fußwege (städt. Lande) betr. erteilt man Genehmigung unter folgenden Bedingungen (gegen 1 Stimme): a) für die Benutzung städtischen Landes sind jährlich 20 M Bezeichnungsgeld zu entrichten, b) die Schächte sind mit trittfesten Eisengittern gut zu belegen, c) die Schächte sind rein zu halten, d) für etwaige Schäden an der Fußbahn hat Westphal aufzukommen. 19. Mit der Verpflichtung (Aepfel und Birnen) an der Staatsstraße nach dem Vorschlag erklärt man sich einstimmig einverstanden. 20. Ferner wird beschloffen, von verschiedenen Stellen Kostenschläge für einen Bebauungsplan einzuholen. 21. Weiter wird Kenntnis genommen a) von dem Ergebnis der Neuwahl des Leiters der Volksschule am 12. d. M., b) zustimmend von der Einführung von Sittenlehre und Lebenskunde in der hiesigen Volksschule, beschloffen vom Schulausschuß am 12. d. M., c) von der Zuweisung des Lehrervertreter Schatter, b) von der Verordnung über das Verhältnis der Schulen zum republikanischen Staat, e) von der durch den Schulausschuß am 12. d. M. genehmigten Ordnung für die Mädchenfortbildungsschule. 22. Kenntnis nimmt man vom Beschluß des Schulausschusses vom 12. d. M. bezüglich der Fortbildungsschullehrerstelle. Man beschließt, zwei Stellen wiederholt auszuschreiben mit dem Hinweis, daß mit einer Stelle die Leitung der Fortbildungsschule verbunden sein wird. 23. Wegen Beschaffung von Verbandskästen usw., Beschluß des Schulausschusses vom 12. d. M., beschließt man, für die Schule einen Verbandskasten und 4 Taschenapparate zu beschaffen. 24. Zustimmend Kenntnis nimmt man vom Beschluß des Schulausschusses vom 12. d. M. wegen der Sommer- und Herbstferien der Schule. Hierauf wurden noch 12 Punkte erledigt.

— Besseres Wetter in Aussicht? Das Berliner Wetterbureau bezeichnet als Ursache für das Unwetter ein für diese Jahreszeit seltenes und ungewöhnlich hartes Tiefdruckgebiet, das aus dem Atlantischen Ozean gekommen ist, in der Nacht zum Sonntag nach der Ostsee bei nach Ostpreußen vordrang und sich noch mehr vertiefte. Die Leitung der Wetterbureau teilt aber gleichzeitig mit, daß das Unwetter seinen Höhepunkt bereits überschritten hat. So ergiebig Regensfälle, wie sie gestern und in der letzten Nacht zwischen Elbe und Weichsel auftraten,

werden voraussichtlich zurzeit nicht mehr über Sachsen niederzehen. Klares Wetter ist allerdings heute und morgen noch nicht zu erwarten, indessen werden die nächsten Tage erhebliche Besserung und Erwärmung bringen.

— Die neuen Ausführungsbestimmungen für die Genehmigung zum Viehhandel. Das sächsische Wirtschaftsministerium gibt in einer Verordnung die sächsischen Ausführungsbestimmungen zum Reichsgesetz über die Fleischversorgung bekannt. Danach ist die zuständige Behörde für die Genehmigung des Viehhandels die Kreishauptmannschaft, die in kollektiver Besetzung nach Gehör eines bei ihr aus beteiligten Kreisen zu bildenden Ausschusses entscheidet. Bei der Stellung des Antrages auf Erteilung der Erlaubnis zum Viehhandel müssen die Art des Viehhandels und die Viehhaltungen, auf die sich der Handel erstrecken soll, bezeichnet werden. Für die Schlachtwiehmärkte wird der Handel nach Lebendgewicht und der Schlachtwiehmärkte, dieser jedoch nur für Rinder und Schweine, angeordnet. Die Ausstellung des Schlachtscheines liegt dem Erwerber ob. Geschäftsabschlüsse ohne Schlachtschein sowie Vereinbarungen, die der Schlachtschein nicht enthält, sind unzulässig. Die Schlachtscheine sind stempelfrei. Ueber die von den Auskäufern auf den Schlachtwiehmärkten abgeschlossenen Geschäfte sind die Schlachtscheine von den Auskäufern auszustellen. Zuständige Behörde für die Genehmigung des Kleinhandels mit Frischfleisch ist in Städten mit rezidierender Städteordnung der Stadtrat, im übrigen die Amtshauptmannschaft. Vor der Entschloßung über die Erlaubnis ist ein aus beteiligten Kreisen zu bildender Ausschuss zu hören.

— Verbot des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“. Das sächsische Ministerium des Innern hat auf Grund der Verordnung zum Schutze der Republik sämtliche sächsischen Bezirks- und Ortsgruppen des Reichsbundes „Schwarz-weiß-rot“ (Sitz Sienitz) verboten und aufgelöst.

— Die verlorene Eisenbahnfahrkarte. Daß man eine Fahrkarte verliert, kommt ziemlich oft vor. In der Regel findet sie sich bald wieder, und so hat man keine andere Folgen zu empfinden, als den Schreck über den gebilligen Verlust. Manchmal findet sie sich aber nicht wieder. Dann muß man eine Art Strafe zahlen. Nach der Verkehrsordnung hat derjenige, der ohne Fahrkarte im Zuge betroffen wird oder die Fahrkarte verloren hat und diesen Verlust nicht sofort genügend glaubhaft machen kann, für die ganze vom Zuge resp. von ihm zurückgelegte Strecke den doppelten Fahrpreis zu zahlen. Ein Reisender fand bei der Kontrolle seine Fahrkarte nicht. Der Beamte erstattete Anzeige, der Reisende aber weigerte sich, die Strafe zu zahlen mit dem Hinweis, daß er an der Bahnsteigsperrle die Karte gehabt und ein anderer sie gesehen habe. Die Eisenbahn ließ es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen, die den Mann freisprach. Denn es komme nicht darauf an, sagt das Urteil, ob der Angeklagte die Karte verloren sondern, ob er sie gefahren habe. Dies sei durch Zeugen bewiesen. Wer auf der Eisenbahn fährt, tut also gut, sich für alle Fälle eines Zeugen zu versichern und sich dann nicht etwa ins Wodshorn jagen lassen, wenn er die Fahrkarte verliert.

— Schiebungen mit Schuhwaren. Enthüllungen über große Schiebungen mit Schuhwaren aus Heeresbeständen macht die sächsische Regierung in einer an Reichsregierung und Reichsrat gerichteten Denkschrift. Sie führt u. a. aus: „Am 20. April d. J. bekam die Bezirksstelle Dresden der Landespreisprüfstelle Kenntnis von einer Offerte, 5000 Paar wenig getragene englische Arbeits- und Strapatierstühle betreffend, die mit 140 M das Paar angeboten wurden. Die sofort eingeleitete Verfolgung der Angelegenheit ergab, daß es sich um Schuhe handelte, die das Reich mit 57 M pro Paar in den Handel gebracht hatte. Die beschleunigte Erörterung ermöglichte die Beschlagnahme von rund 14 000 Paar. Am 3. Mai 1922 wurde der Bezirksstelle Kenntnis gegeben von einem weiteren Angebot, ein Waggon getragene Militärstiefel, garantiert weich im Oberleder, 1. Sortierung, betreffend. Auch in diesem Falle wurde die Erörterung beschleunigt vorgenommen, die ergab, daß es sich um minderwertige Ware handelte, die das Reich im Herbst vorigen Jahres mit 20 bis 30 M pro Paar in den Handel brachte, die inzwischen einen Großlistenpreis von 95 M pro Paar erreicht hatte. Diese Ladung — 3 524 Paar — wurde ebenfalls beschlaggenommen.“

— Gegen die Fliegen. Eine landwirtschaftliche Zeitung brachte kürzlich die Notiz, daß in einem Thüringer Fleischwarengeschäft im hohen Sommer auch nicht eine einzige Fliege zu finden war, nachdem dort der Desinfektor, mit welcher Deden und Wände gestrichen waren, etwas Vorberüh beigemischt worden war. Es dürfte sich empfehlen, den Versuch damit auch in Küchen und Speisekammern zu machen, aber auch in den Viehställen nicht zu unterlassen, um die lästigen Plagegeister unserer Haustiere zu vertreiben.

— Eine Religionsunterrichts-Statistik. Das sächsische Kultusministerium hat angeordnet, daß gemäß einem Beschluß des Landtags festzustellen ist: 1. Wie viele Volksschullehrer die Erteilung des Religionsunterrichts abgelehnt haben; 2. wie viele Ersatzkräfte für Erteilung von Religionsunterricht eingestellt und 3. wie viele Kinder durch die Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet worden sind. Das Ergebnis ist bis 1. September anzugeben. Zu 1. ist noch anzugeben, wie viele von den Lehrern, die Religionsunterricht erteilen, ihn auf Grund der Zwaidauer Thesen geben.

— Der Rat zu Dresden gegen die fortgesetzten Preissteigerungen. In der letzten Gesamtsitzung am 18. Juli ist beschloffen worden, beim sächsischen Wirtschaftsministerium, bei der sächsischen Landespreisprüfstelle, beim Reichsernährungsministerium und beim Reichsarbeitsministerium vorstellig zu werden, sofort Maßnahmen gegen das fortgesetzte Steigen der Preise für die notwendigen Lebensmittel, besonders für Butter, Milch, Käse, Quark, Kartoffeln, Fleisch u. a. zu ergreifen.

— Kesselsdorf. Die Gemeinde Kesselsdorf hat die Einführung einer Jagdgewehrsteuer beschloffen. Für das Jagdgewehr jedes in der Gemeinde Kesselsdorf wohnhaften die Jagd ausübenden Einwohners sollen jährlich 500 M erhoben werden. Die Erörterungen haben ergeben, daß nur 3 Besteuernte in Frage kommen würden. Abgegeben von dem hiernach sich ergebenden geringen Ertrag stellt sich die Steuer als eine Sonderbestimmung dar, die mit den Grundbesitz der Gemeindeverordnungen nicht vereinbar ist. Auf Vorschlag wurde vom Bezirksausschuß die Genehmigung des von der Gemeinde hierüber aufgestellten Nachtrags zur Gemeindebesteuerordnung einstimmig versagt.

— Dresden. Am Montag fand in den Sälen des „Eldorado“ eine sehr stark besuchte Versammlung der Gastwirte statt, welche sich mit der außerordentlichen Bierpreissteigerung seitens der Brauereien beschäftigte. Da die hohen Bierpreise dazu angetan seien, die Gastwirtschaften, welche ohnehin mit Steuern, Steuern und Abgaben aller Art bis zum äußersten belastet sind, außerordentlich zu schädigen, so ging die Meinung der Versammlung dahin, den Verkauf von Bier überhaupt einzustellen. Es wurde aber zunächst beschloffen, weiter in Verhandlungen mit den Brauereien zu bleiben und das Resultat abzuwarten. Aus dem gleichen Grunde sollte die Versammlung die Bierauskaufpreise vorläufig unverändert lassen, bis die Sachlage geklärt ist.

— Kamenz. Ein selten dreifacher Diebstahl ist in der